



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Aufklärung über Missstände an der privaten Wartenberger Heimvolksschule

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus baldmöglichst schriftlich sowie mündlich über die Vorfälle in der Ganztagesintensivklasse (GIK) an der staatl. anerkannten Hauptschule des Josefsheim Wartenberg im Landkreis Erding zu berichten; vor allem darüber, wer wann über sie unterrichtet war. Ferner soll dabei über die Kooperation mit dem Seraphischen Liebeswerk/Altötting, die Beteiligung der staatlichen Schulaufsicht und des staatlichen Jugendamts, den dortigen Umgang mit Medikamenten, die unter das BtMG fallen und über die Schritte aufgeklärt werden, die seit dem Bekanntwerden der Vorfälle unternommen wurden.

Begründung:

Das Josefsheim Wartenberg wurde 1885 gegründet. 1922 übernahm das Seraphische Liebeswerk die Trägerschaft und gründete die Schule. Heute ist das Josefsheim eine sozialpädagogische Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung mit zwei Hortgruppen, einer offenen Ganztagschule, einem sozialpädagogischen Hort und sozialpädagogischen Wohngruppen.

Eine private Hauptschule mit integrierter Ganztagesintensivklasse (GIK) ist der Einrichtung angeschlossen. Seit dem Schuljahr 2008/2009 werden zehn Schüler von der siebten bis zur neunten Klasse unterrichtet. Dabei handelt es sich um in der Regelschule gescheiterte Jugendliche mit Defiziten im Lern- und Leistungsbereich, die durch das Angebot noch eine Chance bekommen sollen, einen Schulabschluss zu machen. Besondere Merkmale dieser Klasse sind eine deutlich reduzierte Klassenstärke von zehn Schülern, eine intensive Beschulung durch unterschiedliche Professionen, eine intensive Berufsorientierung durch einen Arbeitstherapeuten und eine intensive Betreuung durch eine Sozialpädagogin.

Laut Medienberichten kam es 2014 zum Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz, Beleidigungen und Körperverletzungen. Gegen den Direktor der Heimvolksschule wurden mehrere Dienstaufsichtsbeschwerden erhoben. Auch die Staatsanwaltschaft Landshut ermittelte.